



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 12. November 2013
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stefan Spallek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 30/13)

(Drucksachenband 177)

Drucksachenlisten (DL Nrn. 48/13)

(Drucksachenband 179)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0094 Tagesordnung

1. Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.
2. Die Punkte 5, 6 und 7 werden gemeinsam beraten.

Einstimmig

0095 Genehmigung der Niederschrift vom 01.10.2013

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 01.10.2013 wird genehmigt.

Einstimmig

0096 13-F-33-0071

Anerkennung von ausländischen Abschlüssen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 28.08.2013 -
Beschluss des Ausschusses Nr. 0070 vom 03.09.2013 - Ergebnisbericht 2013

Lt. Frau Stadträtin Scholz handelt es sich hier um ein äußerst wichtiges Thema. Sie bedankt sich ausdrücklich bei ihren Mitarbeiter/innen, die sehr viel Arbeit in dieses Thema investiert haben und gibt an Frau Rudolph weiter.

Frau Rudolph erklärt, dass das Thema 2010 eröffnet wurde und Unterstützung durch die Landesregierung erfährt. Man habe Neuland betreten und eine besondere Struktur geschaffen. Es besteht eine Verknüpfung zwischen dem Amt für Zuwanderung und Integration, dem Amt für Soziale Arbeit und der Arbeitsagentur. Es werden Menschen beraten, die Bildungsabschlüsse mitgebracht haben, wie und wo sie diese anerkennen lassen können. Die Nachfrage ist recht hoch. Die Betroffenen sind mit dem Beratungsangebot sehr zufrieden. Die Nähe zur Ausländerbehörde wird auch als positiv empfunden. Man muss mit ca. 3 bis 6 Monaten Vorlaufzeit bis zur Anerkennung rechnen.

Die Blue Card wurde eingeführt. Das neue Anerkennungsgesetz aus 2012 formuliert einen Anspruch auf Anerkennung eines Bildungsabschlusses innerhalb von 3 Monaten.

Es besteht zudem ein Netzwerk zur IHK, zur Handwerkskammer, zu Land und Bund.

Die Beratungsstruktur soll verstetigt werden und man hofft, dass man den Standort Wiesbaden absichern kann.

Nach dem Vortrag von Herrn Dr. Özşahin äußert Stv. Dumont Zweifel daran, ob die LHW die Anerkennung der Abschlüsse lösen könne, es sollte eine Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft aufgebaut werden.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 12. November 2013**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Frau Rudolph weist darauf hin, dass die LHW keinerlei Abschlüsse anerkennt, sondern Wege aufzeigt, wo und wie eine Anerkennung erfolgen kann. Es wird lediglich informiert, wie das Anerkennungsverfahren abläuft und wer Ansprechpartner ist.

Stv. Apel hat auch gute Rückmeldungen zu diesem Projekt erhalten und möchte wissen, ob es nur noch für das nächste Jahr Bundesmittel gäbe und das Projekt dann auslaufe und möchte zudem wissen, wie denn die Verteilung zwischen akademischen und anderen Berufen aussieht.

Dr. Özsahin erklärt, dass man mit breit gestreuten Berufen zu tun habe und versucht hat, diese in größeren Bereichen zusammenzufassen (z. B. Gesundheitsfachberufe). Aber die Bereiche sind sehr weitgehend, beinhalten in diesem Fall Altenpfleger aber auch Logopäden usw.

Auf Nachfrage von Vors. Spallek berichtet Herr Dr. Özsahin, dass es auch Handwerksberufe gäbe, die anerkannt werden sollen. Allerdings weichen da die vermittelten Fertigkeiten oft doch stark von deutschen Standards ab. Man habe ursprünglich gedacht, dass hier die Anerkennung einfacher sei, aber das ist gerade nicht der Fall.

Stv. Gaedeke möchte wissen, warum das Projekt überhaupt bei uns angesiedelt ist und nicht beim Jobcenter.

Grund dafür ist, dass alle Menschen mit ausländischen Abschlüssen beraten werden. Diese sind aber nicht alle arbeitssuchend. Das Jobcenter betreut nur den SGB-II-Bereich. Die LHW berät unabhängig von einem Leistungsbezug.

Im Moment gäbe es ein Bundesgesetz. Die Länder waren aufgefordert, dieses Gesetz auf Landesebene umzusetzen und dort soll auch die Beratung etabliert werden. Der Bund ist für ein Jahr eingesprungen. Aber die Angelegenheit wird auf Landesebene zurückgespielt.

Auf Nachfrage von Herrn Yilmaz wird bestätigt, dass die Anerkennung eines Abschlusses zwischen 300 und 600 € kostet. Es gibt aber auch Stellen, die nach eigener Gebührenordnung abrechnen. Dazu kommen noch die Kosten für einen Übersetzer.

Der Antrag hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0097 13-V-12-0001

Repräsentative Befragung zu Mediennutzung, Kommunikationsverhalten und kommunalpolitischer Teilhabe der Wiesbadener Bevölkerung 2012

Hier: erweiterter Bericht des Magistrats

Zu der Nachfrage von Stv. Apel in der Sitzung am 01.10.2013 liegt nun ein schriftlicher Bericht von Frau Lettko vor.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Die Angelegenheit hat damit ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 12. November 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0098 13-F-33-0095

Bedarfsgerechte Pflege von älteren Migranten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.11.2013
-

Vors. Spallek begründet den Antrag.

Stv. Kisseler erklärt, das er den Antrag für gut hält. Man könne allerdings die Formulierung unter Ziffer a) sowohl auf die Pflegekräfte als auch auf die Pflegebedürftigen beziehen und bittet, den Antrag entsprechend zu ergänzen.

Frau Lettko verweist auf eine Befragung im Bereich ambulante Altenpflege aus dem Jahr 2009. Sie könne aus ihrer eigenen Arbeit sagen, dass Migranten in Pflegeheimen noch gar keine Relevanz haben.

Es gibt 31 Pflegeheime in Wiesbaden. Über Migrationshintergrund gibt es keine Aussagen, ganz gleich, ob man nach den Mitarbeitern oder den Patienten fragt. Das Gros der Migranten erhält Pflegegeld, weil Angehörige die Pflege übernehmen. Die migrantische Altenbevölkerung sei jünger als die deutsche. Erst nach dem 80. Lebensjahr steigt die Pflege in Heimen.

Sie geht davon aus, dass die Zahlen aus 2009 auch heute noch relevant sind. Damals gab es 46 ambulante Pflegedienste, heute sind es 45. Man habe Pflegedienste gefunden, die Migranten betreuen oder darauf spezialisiert sind.

Im Antrag wird nach Informationen gefragt. Die ihr vorliegenden Aussagen dazu sind sehr widersprüchlich. Es wird sowohl gesagt, dass Migranten gut Bescheid wissen über die Pflegemöglichkeiten als auch das Gegenteil. Wenn allerdings ältere Migranten allein leben, ist der Informationsbedarf besonders hoch.

Die Meinung des Amtes für Soziale Arbeit damals war, dass man keine Defizite bei der Information von Migranten sähe. Wenn diese die Beratungsstellen aufsuchten, bekämen sie die notwendigen Informationen.

Man muss auch bedenken, dass die Pflegedienste Privatunternehmen sind.

Bei den ambulanten Pflegediensten wechselt das Personal sehr häufig, so dass dadurch evtl. Sprachen wegfallen.

Der Antrag wird mit der Ergänzung von Stv. Kisseler in folgender Form angenommen:

Der Magistrat möge berichten,

(a) wie hoch die Migrantenquote sowohl im Bereich des Pflegepersonals als auch im Bereich zu pflegenden Personen in Wiesbadener Pflegeheimen ist.

(b) welche Informations- und Beratungsangebote die Landeshauptstadt Wiesbaden bereithält um Wiesbadener mit Migrationshintergrund, eventuell auch mehrsprachig, über Pflegeangebote zu informieren.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Punkte 5, 6 und 7(Beschlüsse 99 - 101) werden gemeinsam beraten.

0099 13-F-33-0096

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.11.2013

-

Stv. Schickel begründet den Antrag und erklärt, dass die Bürgerbeteiligung in Wiesbaden nicht besonders ausgeprägt ist. Der neue OB hat die Bürgerbeteiligung zur Chefsache erklärt.

Herr Simon vom Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik hat vor über 10 Jahren in der Lokalen Agenda mitgearbeitet und ist jetzt für den Bereich Bürgerbeteiligung zuständig. Damals lag der Schwerpunkt darin, das Umweltbewusstsein zu entwickeln, aber auch soziale Projekte waren eingebunden. Die finanzielle Unterstützung wurde im Laufe der Zeit gestrichen. Aber heute gibt es immer noch Überbleibsel wie z. B. den Streuobstkreis oder die Blücherstraße 17.

Der Bürgerhaushalt ist in Wiesbaden leider gescheitert.

Nun macht sich die Koa auf den Weg, die Bürgerbeteiligung zu beleben und auf gesicherte Beine zu stellen. Im Antrag geht es jetzt darum, von Seiten des Magistrats ein Konzept zu erhalten. Es soll aber nichts in Stein gemeißelt werden, sondern ein offener dialogischer Prozess zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft soll angestoßen werden.

In der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung soll dazu eingehend diskutiert werden - ein entsprechender Antrag wird dort gestellt.

Im Hintergrund steht sicher auch, dass versucht werden soll, die Politikverdrossenheit zu überwinden. Selbstverständlich könne durch die Bürgerbeteiligung nicht die parlamentarische Vertretung preisgegeben werden. Aber die Bürger sollen ernst genommen werden.

Vors. Spallek ergänzt die Begründung und erklärt, dass es nicht darum gehe, dass der Magistrat ein fertiges Modell vorlegt, sondern ein Prozess soll angestoßen werden. Politik, Verwaltung und Bürgerschaft sollen gemeinsam etwas entwickeln - ein Bürgerbeteiligungsmodell.

Stv. Kisseler freut sich, dass der Antrag der Grünen in der vorletzten Sitzung des Stadtparlaments nicht abgestimmt wurde, sondern hier auf offene Ohren trifft. Man greife ja mit dem Koa-Antrag sowohl den Antrag der Grünen als auch der BLW auf und das zeigt auch die Wichtigkeit des Prozesses. Bedauerlich findet er, dass Stv. Dr. von Poser in der Sitzung nicht anwesend ist.

Vors. Spallek bedauert ebenfalls, dass Stv. Dr. Poser in der Ausschusssitzung nicht anwesend ist und nicht zu dem Antrag der BLW Stellung nehmen kann.

Stv. Dr. Wittkowski bringt einen Änderungsantrag zum Koa-Antrag ein und bittet darum, Ziffer 1 dahingehend zu ergänzen, dass das Konzept dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration vorzulegen ist und unter Ziffer 2 den Begriff „berücksichtigen“ durch „in Erwägung zu ziehen“ zu ersetzen.

Stv. Göttenauer behagt nicht, dass der Magistrat ein Konzept vorlegen soll. Man habe sehr gute Erfolge mit Arbeitskreisen erzielt und er könne sich vorstellen, auch hier wieder einen Arbeitskreis einzusetzen.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 12. November 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Apel hält auch eine Arbeitsgruppe oder einen Arbeitskreis für sinnvoll. Die Zusammensetzung müsse geklärt werden. Herr Simon habe an anderer Stelle schon einen Vortrag über Bürgerbeteiligung gehalten. Der Magistrat soll ein Konzept für diese Arbeitsgruppe erarbeiten, wie und in welcher Form gearbeitet werden kann.

Vors. Spallek ergänzt, dass es sich eigentlich um ein Fachkonzept für ein Konzept handelt, was der Magistrat erarbeiten soll. Man müsse dies auf ein entsprechendes Podest heben. Auch Dr. von Poser soll Gelegenheit haben, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Stv. Kisseler hält die Änderungen im Koa-Antrag für unerheblich und kann diese mittragen. Er gehe davon aus, dass der Magistrat zwar ein Konzept erarbeite, aber dass die Diskussion im Ausschuss stattfindet.

Stv. Apel verweist auf die Landeszentrale für Politische Bildung, die Literatur zum Thema Bürgerbeteiligung zur Verfügung stellen könnte.

Stv. Schickel stellt dem Ausschuss die Mitarbeiterin der SPD-Fraktion, Frau Fuge, vor, die sich in das Thema stark eingearbeitet hat und weist darauf hin, dass eine Reihe von Städten weiter ist als Wiesbaden.

Vors. Spallek erklärt, dass Herr Simon von OB Gerich beauftragt wurde, den Prozess zu begleiten und nimmt den im Beschluss formulierten Auftrag mit.

Der gem. Antrag von CDU und SPD wird in folgender Form angenommen:

1. Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration ein Fachkonzept für ein Fachkonzept zu einem Bürgerbeteiligungsmodell in Wiesbaden vorzulegen.
2. Dabei soll ausreichend Gelegenheit bestehen, alle Fragen und Forderungen, die sich aus den Anträgen der Bürgerliste Wiesbaden vom 10.06.2013 und von Bündnis 90/Die Grünen vom 04.07.13 ergeben haben, in Erwägung zu ziehen.

Einstimmig

0100 13-F-03-0103

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 04.07.2013 -
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2013

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 04.07.2013 betr.

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

hat durch die Annahme des gem. Antrag von CDU und SPD vom 06.11.2013 zu diesem Thema im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration (13-F-33-0096 - Beschluss Nr. 099) seine Erledigung gefunden.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 12. November 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0101 13-F-07-0003

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 10.06.2013 -
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2013

Der Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 10.06.2013 betr.

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

hat durch die Annahme des gem. Antrag von CDU und SPD vom 06.11.2013 zu diesem Thema im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration (13-F-33-0096 - Beschluss Nr. 099) seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0102 13-F-05-0015

(Nicht-)Beteiligung islamischer Gemeinden an der Wiesbadener Integrationsvereinbarung
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 06.11.2013 -

Stv. Dumont begründet den Antrag.

Stadträtin Scholz erklärt, dass man mit der Integrationsvereinbarung eine gewisse Qualität bekommen habe, die man nicht unterwandern wolle. Die Vereine müssen sich an die Werteordnung anpassen. Die Gründe, warum sich manche Gemeinden sich nicht der Vereinbarung anschließen, seien nicht bekannt. Die Menschen zögen sich zurück.

Sie habe am 30.09.13 mit Besuchen bei den Gemeinden begonnen und habe zuerst DITIB besucht. Frau Rudolph habe sie begleitet. Es habe ein langes Gespräch stattgefunden, sie habe auf die Vereinbarung hingewiesen, habe darum gebeten, dass DITIB auf sie zukomme - bisher habe es keine Reaktion auf das sehr nette Gespräch gegeben. Sie werde ihre Rundreise weiterführen.

Stv. Dumont erklärt, dass man doch das Geld entziehen könne, wenn ein Verein nicht mitarbeiten wolle.

Stadträtin Scholz geht nach dem Prinzip der positiven Verstärkung vor und möchte niemanden bestrafen.

Stv. Apel fragt nach, was den mit Dihanet sei. Es müsse nicht ausschließlich um DITIB gehen. Ursprünglich habe sich die Vereinbarung an alle Vereine gerichtet und sollte nicht nur auf türkische Gemeinden bezogen sein.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 12. November 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Scholz bestätigt, dass die Beschlusslage aus dem Jahr 2004 sei und man ganz breit angelegte Gespräche führen wollte und will - alles andere sei diskriminierend. Für sie sei Inklusion ein gesamtpolitisches Ziel.

Vors. Spallek berichtet, dass die Integrationsvereinbarung immer ein freiwilliges Instrument war. Ein Deal zwischen monetären Netzen und ideellen Werten sollte nicht vollzogen werden. Sonst hätte man vielleicht eine Unterschrift unter die Vereinbarung gesetzt, ohne dass man dahintersteht. Man müsse auch bedenken, dass nicht heißt, dass man nicht auf der freiheitlichen Grundordnung steht, weil man die Vereinbarung nicht unterschreibt. Er persönlich würde auch nichts unterschreiben, was für ihn selbstverständlich sei. Diese Einstellung müsse man auch akzeptieren. Man war sich zu Beginn bewusst, dass es sich lediglich um ein Instrument handelt.
Der plädiert dafür, dass der Antrag als durch Aussprache für erledigt erklärt wird.

Stv. Dr. Delbasteh berichtet, dass es auch Gemeinden gäbe, die die Integrationsvereinbarung unterschrieben haben und kein Geld bekommen.

Stv. Dumont stellt klar, dass sich der Antrag auf muslimische Vereine bezieht, weil sich auch die Aufstellung, die der Ausschuss bekommen habe, auf muslimische Vereine bezieht.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass er seinerzeit an der Integrationsvereinbarung mitgearbeitet habe. Man sei damals von einem Religionswissenschaftler aus Leipzig beraten worden. Die meisten muslimischen Vereine waren bereit, die Vereinbarung zu unterzeichnen, aber es war ursprünglich breiter angelegt.

Stadträtin Scholz unterrichtet den Ausschuss, dass man mit der Bahai-Gemeinde gesprochen habe. Diese hätte eine Unterzeichnung abgelehnt. Man würde aber weitere Gespräche mit anderen Gemeinden führen.

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0103 **10-A-21-0001**

Wiesbadener Integrationsgespräche

Stadträtin Scholz berichtet von einem anregenden Integrationsgespräch. Man habe Input aus Kassel bekommen. Es hätte internationales Essen gegeben. Im Projektbüro Stadtmuseum findet eine Ausstellung zur Essenskultur statt - das sollte aufgearbeitet werden. Vielleicht könne das nächste Integrationsgespräch sozusagen Teil 2 zur Essenskultur sein.
Wiesbaden sei durch Migranten geprägt worden.

Stv. Weck spricht auch von einer gelungenen Veranstaltung und könnte sich gut vorstellen, dass Thema Essen noch einmal aufzugreifen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 12. November 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
1. Das Integrationsgespräch zum Thema „Kultur und Integration“ hat am 08.10.2013 stattgefunden und wurde sehr positiv aufgenommen.
 2. Nach der Auftaktveranstaltung in diesem Jahr soll dieses Thema im kommenden Jahr weitergeführt werden. Angedacht ist eine Veranstaltung, die den Bereich „Essen und Kultur“ aufgreifen gehen soll.

Einstimmig

0104 12-F-33-0106

Notfall-SMS
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 18.09.2012 -
Beschluss des Ausschusses Nr. 0006 vom 29.01.2013 - Weitere Ergebnisse

Der schriftliche Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0105 13-V-30-0009

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII (Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)

Einstimmig

0106 Bericht der Dezernentin

Frau Stadträtin Scholz berichtet über eine Ausstellung im Schaufenster Stadtmuseum mit dem Thema „Deutschland für Anfänger“.

Einstimmig

0107 Verschiedenes

Zu Beginn des Jahres 2014 wird eine Ausschusssitzung in den Räumen der DITIB stattfinden.

Einstimmig

Anlagen

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 12. November 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Wiesbaden, .11.2013

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Spallek

Weck

Koba